



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 09/2016

Wahlversammlung in Angermünde

Die Bundestagswahlen 2017 werfen ihre Schatten voraus. Der Kreisvorstand hatte noch vor der Sommerpause zur Mitgliederversammlung nach Angermünde eingeladen. Neben der Vorstellung des Kandidaten unseres Wahlkreises für die Bundestagswahl stand die Wahl der Vertreter zur Vertreterversammlung auf der Tagesordnung. Vorgesehen als Gast war auch die Landtagsabgeordnete Kathrin Dannenberg,

das Thema auf. Peer hatte sich gut vorbereitet und warb in einer Präsentation mit vielen Fakten für das Projekt Gemeinschaftsschule. Die Ausgangssituation sieht so aus, dass bis zum Jahr 2030 die Bevölkerung in Brandenburg um rund ein Drittel zurückgehen wird. Bedingt durch den demografischen Wandel werden nicht mehr alle Schulstandorte gehalten werden können. Wir möchten, dass an den Schulstandorten alle Ab-



bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion. Sie wollte zur Bildung der Gemeinschaftsschule sprechen. Da Kathrin erkrankt war nahm an ihrer Stelle Peer Jürgens, Mitarbeiter im Landtag,

schlüsse möglich sind. Auch wird es für die soziale Entwicklung der Schüler als positiv angesehen, wenn sie möglichst lange gemeinsam lernen können, sagte Peer. In der anschließenden Diskussion wurde von unseren älteren Genossen mehrfach auf das Schulsystem in der DDR verwiesen, in der bereits eine Gemeinschaftsschule bestand und warum wir das nicht übernehmen könnten. Ich musste Peer Jürgens bei seiner Antwort in Gedanken zustimmen, so wie in der DDR gehandhabt, würde Gemeinschaftsschule heute weder gewollt sein,

Leben auf Pump

Der 08. August war ein besonderer Tag. Der Erdüberlastungstag. Das bedeutet, die Menschheit hat seit Jahresbeginn bis zu diesem Tag alle sämtlichen natürlichen und regenerierbaren Ressourcen wie Wasser, Holz oder Getreide, die uns die Erde für ein Jahr zur Verfügung stellt, bereits verbraucht. Seit diesem Tag leben wir von den Reserven der Erde. Im vergangenen Jahr haben wir es noch bis auf den 13. August geschafft. Jetzt ist es schon wieder 5 Tage früher. Die Berechnungen gehen darauf zurück, wie groß die Erde sein müsste, um alle bestehenden Bedürfnisse der Menschen dauerhaft zu befriedigen und ihre Abfälle wieder zu verarbeiten. Wir Deutschen haben dabei noch einen größeren ökologischen Fußabdruck. Unser Überlastungstag fiel schon auf den 29. April diesen Jahres. Würden alle so viel verbrauchen, brauchten wir 3 Erden. Die Folgen sind allein durch den Klimawandel bereits deutlich spürbar. Wir müssen etwas tun, soviel ist sicher. Eine größere Erde haben wir nicht. Die Weltbevölkerung umfasste beim Jahreswechsel bereits mehr als 7 Milliarden Menschen und es werden immer mehr. Seit Jahren wird in der Politik davon geredet, dass wir in den Wohlstandsländern unseren Lebensstil ändern müssen. Aber wollen wir das denn wirklich? Auf Plastetüten beim Einkaufen zu verzichten, dürfte wohl kaum genug sein. Eher suchen wir uns eine neue Erde. Der Mars ist schon im Angebot. Sollten wir Menschen es wirklich schaffen dort Fuß zu fassen, so befürchte ich, wird es in einigen hundert Jahren auf dem Mars genauso aussehen wie heute auf unserer Erde.

Aus dem Inhalt:

Wahlversammlung	S.1
Infostand	S.2
Junges Bündnis	S.2
Weltfriedenstag	S.3
Rente	S.3
Wahl in Berlin	S.3
Nastja	S.4
Nahostkonflikt	S.5

Fortsetzung Seite 2

Sylvia Anklam

noch funktionieren. Wolfgang Ackermann hatte auch Recht mit seinem Beitrag, wir müssen uns nicht nur mit Strukturen sondern auch mit Inhalten der Bildungspolitik beschäftigen. Isabell Vandré, als Delegierte zum Bundesparteitag, nahm anschließend noch einmal eine Auswertung zu den wichtigsten Beschlüssen und Ergebnissen des Bundesparteitages vor. Mir selbst war es wichtig, in der Diskussion, auf die aus meiner Sicht erforderliche Positionierung unserer Partei zu Koalitionsfragen auf Bundesebene einzugehen. Hier halte ich es mit Bode Ramelow, der der Deutschen Presse-Agentur in Erfurt sagte: "Wir sollten noch vor der Bundestags-

wahl klären, ob es zwischen SPD, Grünen und Linken nicht mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes gibt." Auf dem nächsten Punkt in der Tagungsordnung stand die Vorstellung der Kandidaten für das Direktmandat zur Bundestagswahl. Nach dem Rückzug von Jens Schröder blieb es nur noch an Ralf Kaiser, ehrenamtlicher Kreisvorsitzender des DGB im Landkreis Barnim, sich als Kandidat für unseren Wahlkreis vorzustellen. Ralf wird auch im September Gast auf unserer Mitgliederversammlung sein und gemeinsam mit unserem Stadtverband in den Bundestagswahlkampf 2017 starten. Vor der Mittagspause stellen sich die 6 vorgeschlagenen Vertreter für die Ver-

treterversammlung den Anwesenden vor. Wolfgang Ackermann, Sylvia Anklam, Anne Frieda Reinke, Monika und Volker Thomas sowie Isabell Vandré wurden von den wahlberechtigten Genossen als Vertreter gewählt. Die gewählten Vertreter werden am 26. November 2016 die Landesliste für die Bundestagswahl wählen. Mit dem Schlusswort von Heiko Poppe wurde die von Heidi Hartig geführte Mitgliederversammlung beendet. Auffällig die für eine Kreismitgliederversammlung doch sehr schwache Teilnahme unserer Genossen aus allen Gebieten.

Sylvia Anklam

Infostand auf dem Platz der Befreiung

Am 1.9.2016, dem Weltfriedenstag wurde von 9:30 Uhr bis 11:00 Uhr ein Infostand auf dem Platz der Befreiung durchgeführt. Daran beteiligten sich 4 Genossinnen und Genossen, die durch 4 DKP-Vertreter unterstützt wurden. Gerade in der heutigen Zeit ist es sehr wichtig, an die Friedenserhaltung zu appellieren.

Wir bemühten uns mit vielen Bürgern ins Gespräch zu kommen. Unterschriften gegen TTIP und CETA sowie gegen die Subventionierung von Atomenergie durch die EU wurden gesammelt. Dabei

mussten wir feststellen, dass wesentlich weniger Bürger als sonst bereit waren, unser Infomaterial entgegen zu nehmen.



Häufig wurde jede Kontaktaufnahme abgelehnt. Wenn es zu Gesprächen kam, wurde auch oft Kritik an der Oppositionsarbeit der Linken geübt. Insgesamt war eine große Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik zu spüren. In Vorbereitung der Bundestagswahlen werden wir uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir unsere Infostände für die Bürger interessanter gestalten können. Jedenfalls werden wir auch weiter in der Öffentlichkeit präsent sein.

Doris Meyner

Junges Bündnis erhält Spenden

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN Isabell Vandré, und auch der Lionsclub in Schwedt sorgten mit Geldspenden für reichlich Freude beim Jungen Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Kurz vor Beginn der Schulferien durften Vertreter des Bündnisses einen Scheck im Wert von 1000 € vom Lionsclub Schwedt entgegen nehmen. Ihr Präsident, Rolf Prüfer, begründete die Preisvergabe folgendermaßen: „ Das Junge Bündnis

setzt sich seit Monaten eindrucksvoll für die Schwedter Flüchtlinge ein, hilft ihnen, den Weg in den Alltag zu finden und organisiert selbst zahlreiche Veranstaltungen". Dieser Preis für soziales Engagement, der in diesem Jahr zum ersten Mal ausgelobt worden war, sollte allerdings noch nicht der letzte sein. Isabell Vandré, Vertreterin der LINKEN im Landtag von Brandenburg, stimmte mit Ihrer Fraktion geschlossen gegen eine Diätenerhöhung von exakt

224,57 € im Monat und nutzt dieses Geld nun für Organisationen oder Bündnisse, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, sich geflüchtete Menschen einzusetzen. Wir als Junges Bündnis können das Geld sehr gut gebrauchen, beispielsweise für ein anstehendes Fest für Flüchtlingshelfer. Außerdem wollen wir mit unserer Arbeit zum Nach- und Mitmachen anregen.

Niklas Zehrt

Gedanken zum Weltfriedenstag

Am 1. September, der in der Bundesrepublik Deutschland als Antikriegstag begangen wird, trafen sich Mitglieder der Partei DIE LINKE, der DKP und Bürger der Stadt, um 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Bekenntnis für Frieden und gegen Krieg und Werrüsten abzugeben. Für uns als DIE LINKE ist „Nie wieder Krieg“ eine historische und aktuelle Verpflichtung. Wir treten insbesondere dafür ein, Krieg als Mit-



tel der Politik auszuschließen. Gegenwärtig befindet sich aber die Bundesregierung in einem wahren Aufrüstungstau. Auch dürfen Bundeskanzlerin A. Merkel und Außenmi-

nister Steinmeier nicht länger zum Einmarsch der türkischen Armee in Nord-syrien schweigen. Auch die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums, die deutsche Armee millionenschwer aufzurüsten, sind lebensgefährlich und bedrohen den Frieden in der Welt. Abrüstung statt Aufrüstung ist das Gebot der Stunde. Dafür haben wir am Antikriegstag unsere Stimme erhoben und den Toten des Zweiten Weltkrieges gedacht. An die Gedenktafel im Stengerhain wurden ebenfalls frische Blumen durch Genn. Rothnick gestellt.

Reiner Prodöhl

Nahles-Pläne zur Ostrente

„Ein einheitliches Rentenrecht ist schon lange überfällig. Kurz vor zwei Landtagswahlen wird ein Gesetzentwurf vorgestellt, der erst in der nächsten Wahlperiode wirksam werden soll. Mit diesem Gesetz werden die künftigen Rentner in Ostdeutschland wegen der immer noch deutlich niedrigeren Ostlöhne bluten“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, die Pläne von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Bartsch weiter:

„Den Ost-Rentenwert endlich an das

Westniveau anzugleichen ist richtig, dieser wichtige Schritt hätte schon vor zehn Jahren vollzogen werden müssen. Die Bundeskanzlerin hatte ihn 2005 angekündigt. Völlig inakzeptabel ist die geplante Abschaffung der Hochwertung der niedrigeren Ostlöhne ab 2020. Damit schafft Ministerin Nahles zukünftige Altersarmut für viele der rund sechs Millionen ostdeutschen Beschäftigten. Die Arbeitsministerin bestraft die Beschäftigten für das niedrige Lohnniveau im Osten. Das ist völlig inakzeptabel. DIE LINKE lehnt das kategorisch ab.

Die Hochwertung muss solange erhalten bleiben, bis die Löhne im Osten das Westniveau erreicht haben werden. Ministerin Nahles hätte besser daran getan, zunächst den im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfungsbericht zum Angleichungsprozess vorzulegen, um eine gemeinsame Diskussionsbasis zu schaffen. Stattdessen hat sie sich für einen anderen Weg entschieden. Offensichtlich dient dieser Gesetzentwurf dem Wahlkampf.

Dietmar Bartsch

DIE LINKE Newsletter 29/2016

Pressekonferenz in Berlin zur Landtagswahl

Helmut Holter, Spitzenkandidat der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern und die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben im Rahmen der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus eine kritische

Bilanz des Wahlergebnisses der LINKEN bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gezogen. Trotz eines engagierten Wahlkampfes konnte sich DIE LINKE mit ihren landespolitischen Themen und Zukunftsvisionen gegen die bundespolitisch dominierte Debatte über Flüchtlingspolitik und Innere Si-

cherheit nicht durchsetzen. DIE LINKE fischt nicht im Teich der Rechten und kämpft auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit für alle Menschen und geht mit Zuversicht in Abgeordnetenhauswahlen in Berlin.

Ein Tag im Jugendcamp für Bein- und Armamputierte

In diesem Jahr hatte ich die Möglichkeit Nastja für einen Tag im Kinder- und Jugend-Camp bei Hannover zu besuchen. Nastjas Großmutter Ludmila und ich waren sehr gespannt, wie sich der Tag gestalten wird. Wir kamen in die Turnhalle mitten in eine Schaar auf-

geweckter, fröhlicher und intensiv Rollstuhl-Basketball und Badminton trainierender Kinder und Jugendlicher. Es war erstaunlich, wie alle Kinder und Jugendlichen, egal ob sie ein oder zwei Beine amputiert, nur einen Arm oder keine Hände hatten, alles mitgemacht haben. In den Tagen vorher war ihnen vermittelt worden: "Es ist alles möglich. Du musst es nur wollen! Trau Dich! Probier alles! Das größte Handicap ist nicht die Prothese, sondern die Barriere im Kopf!" Nastja war so in das von einem Profi abwechslungsreiche Badminton-Training vertieft, dass sie unsere Anwesenheit lange nicht bemerkte.

Auffallend war, dass an allen Stationen versierte Trainer mit den Teilnehmern arbeiteten, wie z.B. war eine Delegation des Para-Taekwondo-Teams aus Wien, Trainer vom Behinderten-Sportverband für Sitzvolleyball oder der Tauchlehrer für Handicap Tauchen aus Teneriffa. Diese Trainer mussten sich ja immer überlegen, wie trotz Handicap z.B. die Judogriffe ge-

meistert werden können, wie ohne Beine man sich im Wasser bewegen kann, ohne unterzugehen. Dabei überlegten die Kinder und Jugendlichen oft selbst mit. Man merkte, wie wichtig es war, den Teilnehmern die Angst vor den Herausforderungen zu nehmen z. B.



beim Werfen auf dem Boden beim Judo. Nastja hat an diesem Nachmittag Judo als einen weiteren möglichen Sport neben dem Bogenschießen für sich entdeckt. Wir erlebten die Jugendlichen noch bei der Gehschule und beim Tanzen. Bei jeder Station wurden die Teilnehmer bis an ihre Leistungsgrenze gefordert, aber immer haben sie alles mit Erfolg bewältigen können.

Und das waren stets große Herausforderungen. Davon konnten wir uns auch am Abend bei der Foto- und Videoschau überzeugen. Jeder Tagesablauf war dokumentiert. Ob im Kletterwald, beim Tauchen oder der Paddeltour, beim Kistenklettern oder Bogenschießen, nie

hatten wir den Eindruck, dass das alles stark behinderte Kinder und Jugendliche sind; so viel Spaß und Freude war trotz großer Anstrengungen auf den Gesichtern. In dieser Woche konnten die Teilnehmer Erfahrungen sammeln, die sie in ihrem ganzen bisherigen Leben nicht machen konnten. Sie konnten erleben, dass sie trotz ihrer Behinderung ganz normal am Leben teilhaben können, dass sie trotz ihrer Behinderung Freude am Leben haben können, dass sie auch in der Lage sind, anderen Menschen zu helfen. Einen wesentlichen Beitrag haben dazu auch die vielen Betreuer geleistet, die fast alle selbst Amputierte waren. Allein die Organisation des

Transports der Teilnehmer war eine logistische Meisterleistung. Selbst die Feuerwehr gab dabei Unterstützung. Wir erlebten in den wenigen Stunden, wie Fördern und Fordern das Selbstbewusstsein stärken, wie Inklusion in die Tat umgesetzt werden kann, wenn man es denn will.

Christa Dannehl

Nahostkonflikt

2 Wochen durch Israel, Palästina und Jordanien

Der seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstandene Konflikt zwischen Juden und Arabern, führte bisher zu acht Kriegen zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel und einigen seiner Nachbarstaaten sowie zu zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen. Zwar ist dieser Konflikt geografisch z.Z. wenig beeinflussend auf Europa, jedoch besitzt er ausreichende politische und rassistische Zündkraft für kriegerische Ausein-

andersetzungen. Es gibt hier nicht direkt einen Hauptkonfliktpunkt, sondern mehrere, die sich gegenseitig beeinflussen. Der komplizierteste Konflikt ist wahrscheinlich die Jerusalemfrage. Die zentrale Frage ist: wem gehört die Stadt mit einer Altstadt, die in ein jüdisches, ein christlich-armenisches, ein christlich-katholisches, ein muslimisches und ein marokkanisches Viertel unterteilt ist? In Jerusalem treffen unterschiedliche

Kulturen und Religionen aufeinander. Die Spannweite reicht von der Klagenmauer als zentralem jüdischen Gebetsort, der Al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom als drittem heiligstem Gebetsort des Islam oder der Grabeskirche als ein zentraler christlicher Gebetsort. Diese unterschiedlichen Religionen müssen seitens der israelischen Regierung geschützt werden. Sicherheitstech-

Fortsetzung Seite 5

nisch wird die Stadt durch Israel kontrolliert. An allen Bahnhöfen, Haltestellen, religiösen, administrativen, politischen oder kulturellen Orten sind Sicherheitskräfte in Form von privaten Sicherheitsdiensten, Polizei und Armee zu finden. Jerusalem ist auch deshalb und wegen einer dauerhaften Gefährdungslage nur so gefüllt mit Sicherheitskräften. Sicherheitskräfte bedeutet, dass Männer und Frauen mit einer ballistischen Weste, einem Sturmgewehr, einem Karabiner, einem Schlagstock und einem Helm unterwegs sind. Das normale Erscheinungsbild der Grenzpolizisten ähnelt dem von Armeeeinfanteristen. Inwieweit der aktuelle Einsatz von Sicherheitskräften eher eine Hyperbel gegenüber der tatsächlichen Sicherheitslage ist, lässt sich nur schwer abschätzen. Jedoch steht auch fest, dass palästinensische Täter in Jerusalem wie ganz Israel gezielt Menschen töten wollen. Die israelische Regierung nutzt genau diese diffuse Sicherheitslage und die massenhafte Präsenz von Sicherheitskräften und instrumentalisiert dies, um sich als Protektor des jüdischen Volkes zu inszenieren und gleichzeitig eine Unverwundbarkeit darzustellen. Beides ist eine Utopie. Persönlich erlebte ich wie zwei jüdisch orthodoxe Familien mit zwei Müttern und insgesamt 15 Kindern von ungefähr sechs Sicherheitskräften durch das muslimische Viertel eskortiert wurden. Zusätzlich sind ständige Sicherheitskontrollen an Bahnhöfen, Flughäfen oder religiösen Stätten Alltag. Ebenso ist der Einsatz von israelischen Sicherheitskräften durch Willkür bei den Kontrollen und durch gezielte Auswahl bestimmter israelfeindlicher Nationen charakterisiert. Verständlicherweise ist dies nur ein Anriss des Erlebten und der komplexen Verkettungen von politischen Entscheidungen, ideologischen Beweggründen und tatsächlichen Tatsachen wie die Gewalttaten seitens der is-

raelischen Armee oder palästinensischen Täter. Häufig wird hier von beiden Seiten der Angriff bzw. der Gegenangriff als Verteidigung seiner selbst argumentiert. Auch spielt hier nicht vorhandenes Vertrauen eine Rolle: eine typische Szenerie mag sein. Ein Jude wird durch eigenes Verlangen durch ein muslimisches Viertel begleitet. Dies führt seitens der muslimischen Gemeinde zu Argwohn, einem Gefühl der Besatzung und Provokation. Auch hier kann es zu einem Angriff der Sicherheitskräfte kommen. Drei wesentliche Gefühle habe ich vor Ort



empfunden und in Gesprächen mit Arabern, Juden, Christen, Muslimen und Europäern erlebt.

1. Resignation: Viele Menschen besonders junge säkulare Juden empfinden ein starkes Ohnmachtsgefühl gegenüber der derzeitigen Politik. Diese Resignation führt zu einem Verlust des Willens sich für die Demokratie Israels einsetzen zu wollen und so das Land zu gestalten. Dies ermöglicht dem Militär, jüdischen Siedlungsorganisationen und der Exekutive relativ beherrschend im Land aufzutreten, um einen starken jüdischen Arm im Konflikt zwischen Israel und Palästina zu demonstrieren.

2. Hoffnung: Seitens vieler junger Menschen und vor allem auch Palästinensern existiert ein starker Drang nach Ruhe und Frieden, um nicht ständig in Bunker zu fliehen, einen Freund oder

Familienmitglied zu verlieren oder um einen wirtschaftlichen Aufschwung in beiden Territorien zu erleben.

3. Hass: Besonders seitens jüdischer Gesprächspartner erlebte ich immer wieder Hass, rassistische Äußerungen und Verachtung gegenüber Menschen aus Palästina, Arabern und Muslimen. Dieser Hass wird auch seitens des Staates Israel instrumentell verwendet, um im Konflikt zwischen Israel und Palästina ein gemeinsames Feindbild zu schaffen.

Unter den derzeit gegebenen Umständen wird es kaum eine Veränderung im Nahostkonflikt geben. Jedoch hatte ich im Laufe meiner Reise nicht das Gefühl, dass der Großteil der jüdischen Gemeinschaft und der Staat Israel auf eine Lösung des Nahostkonflikts hinarbeiten.

Wir als Europäer, die vor allem in den jungen Generationen den europäischen Gedanken tief in sich tragen, können nur als Vorbild dienen, einen gewaltfreien Weg der Völkerverständigung einzuschlagen. Es gibt dazu vereinzelt Projekte und Engagements. Gewalt, Machtinteressen

und Ressourceninteressen sind häufig jedoch wichtiger als menschliches Wohl. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina wird wahrscheinlich weiterhin einer der Brandherde seit dem 2. Weltkrieg bleiben; außer die beteiligten Konfliktparteien gehen gemeinsam einen ehrlichen und friedlichen Weg der Verständigung. Eine Zweistaatenlösung ist der einzige Weg zum Frieden in der Region.

Im Rahmen einer Privatreise bin ich für zwei Wochen durch Israel und Jordanien gereist, um diesen Teil der Welt mit seinen Landschaften, Menschen und Kontrasten kennen zu lernen. Seit 2015 studiere ich Sicherheitswesen – Strahlenschutz an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Karlsruhe.

Julius Vogt

Termine

Fraktionssitzung	19.09.2016 17:00	Fraktionsraum
Stadtvorstand	21.09.2016 16:30	Fraktionsraum
SVV Schwedt	22.09.2016 16:00	altes Rathaus
Mitgliederversammlung	23.09.2016 17:00	Kosmonaut
Kreisvorstand	05.10.2016	
Stadtvorstand	13.10.2016 16:30	Fraktionsraum
Kreismitgliederversammlung		
Uckermark/ Barnim	15.10.2016	Angermünde

Zum guten Schluss

Praktikumsangebot für Geflüchtete - ohne Kleidungsvorschriften

Einer 48-jährigen Palästinenserin wurde als Praktikantin am ersten Praktikumstag im Rathaus Luckenwalde gekündigt, weil sie ihr Kopftuch nicht ablegen wollte. Unser Bundestags-abgeordneter Norbert Müller hat ihr deshalb über die Arbeitsagentur einen Praktikumsplatz in seinem Berliner Büro angeboten. Er würde sich sehr freuen, wenn es klappt, "mit oder ohne Kopftuch - das ist mir nämlich herzlich egal. In meinem Büro gibt es keine Kleidungsvorschriften", sagte er. Das Bundesverfassungsgericht hat zuletzt klar gegen pauschale Kopftuchverbote im Öffentlichen Dienst entschieden. Wenn sich eine Stadt als vermeintlich weltoffen rühmt, dann muss sich das gerade auch an solchen Stellen ausdrücken.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

10.10.16 Catharina Klahre zum 80. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

17.09.16	Astrid Schönherr	zum 62. Geburtstag
21.09.16	Frank Bismar	zum 53. Geburtstag
23.09.16	Ingeburg Springer	zum 87. Geburtstag
23.09.16	Ingeborg Kirsch	zum 76. Geburtstag
24.09.16	Simone Kamps	zum 45. Geburtstag
26.09.16	Manfred Giel	zum 72. Geburtstag
27.09.16	Werner Pavel	zum 82. Geburtstag
01.10.16	Karl Grödel	zum 94. Geburtstag
06.10.16	Rosemarie Klaschka	zum 73. Geburtstag
09.10.16	Reiner Prodöhl	zum 64. Geburtstag
10.10.16	Irmgard Rothnick	zum 82. Geburtstag
12.10.16	Günter Bressel	zum 82. Geburtstag

Wir trauern um ...

Margarete Peschel,

verstorben am 23.08.16 im Alter von 93 Jahren



Rainer Sturm/ pixelio.de

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 10/2016: 10.10.16, Abholtermin: 19.10.16

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 26.09.16, 10-12 Uhr

Mo, 10.10.16, 10-14 Uhr

Mo, 24.10.16, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!